

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR GESCHICHTE

REIHE 1: ALLGEMEINE UND DEUTSCHE GESCHICHTE

BAND 32

LUDWIG ELM

Zwischen Fortschritt und Reaktion

Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie
in Deutschland 1893–1918



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN 1968

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3--4

Copyright 1968 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/34/68

Herstellung: IV/2/14 VEB Werkdruck, 445 Gräfenhainichen · 2951

Bestellnummer: 2083/1/32 · ES 14 E / 6 B 6

27,-

Inhalt

Vorwort	V
I. Kapitel	
Charakter und Struktur des Linksliberalismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts . .	1
1. Die linksliberalen Parteien	2
2. Zur ökonomischen und sozialen Basis des Linksliberalismus um 1900	9
II. Kapitel	
Die Haltung zur Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung (1893–1899)	28
1. Die grundsätzlichen und taktischen Anschauungen über den Charakter und die Perspektive der Arbeiterbewegung	29
2. Der gesetzmäßige Zusammenhang von Liberalismus und Revisionismus	37
3. Zur Strategie und Taktik der Sozialdemokratischen Partei gegenüber den liberalen Parteien	51
III. Kapitel	
Die Stellung zur Expansions-, Rüstungs- und Wirtschaftspolitik der herrschenden junkerlich-bürgerlichen Reaktion (1897–1902)	61
1. Der Linksliberalismus und die Kolonial- und Expansionspolitik des deutschen Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts	61
2. Die Flottenrüstung (1897–1900)	73
3. Die liberalen Parteien in den Zolltarifkämpfen (1900–1902)	84
4. Zur Haltung der Linksliberalen gegenüber dem junkerlich-bürgerlichen Staat .	95
5. Der Monarchismus der Liberalen	97
IV. Kapitel	
Klassenkämpfe in Deutschland und Revolution in Rußland. Das Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei (1900–1906)	103
1. Die Auseinandersetzungen um die Stellung zur Arbeiterbewegung	103
a) Charakter der Richtung Barth-Naumann	103
b) Die Reichstagswahl 1903	108
c) Die nationalsozial-freisinnige Fusion	112
d) Von Dresden bis Jena	118
2. Die deutschen Liberalen und die Revolution in Rußland	123

3. Das Scheitern der Richtung Barth-Naumann	129
4. Die weitere Verflechtung von Liberalismus und Revisionismus	133
a) Der Fall Göhre	135
b) Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zum Freisinn	139
V. Kapitel	
Die Annäherung an die imperialistisch-militaristische Reaktion und die parteipolitische Entwicklung im Linksliberalismus (1900–1906)	144
1. Die Stellung zur imperialistischen Expansionspolitik, zum Militarismus und zur Aufrüstung	144
2. Die „Einigung der Liberalen“	156
VI. Kapitel	
Der Linksliberalismus im konservativ-liberalen Block (1906–1909)	170
1. Der Übergang zum konservativ-liberalen Block (Dezember 1906–Februar 1907)	170
a) Der Linksliberalismus zwischen Auflösung und Neuwahl des Reichstages	175
b) Die Reichstagswahl 1907	184
2. Die Linksliberalen im Block (Februar 1907–Juni 1909)	190
3. Die Entstehung der Demokratischen Vereinigung 1908	203
4. Zusammenschluß zur Fortschrittlichen Volkspartei (Juli 1909–März 1910)	208
VII. Kapitel	
Von der Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges (März 1910–Juli 1914)	210
1. Die Fortschrittliche Volkspartei von der Gründung bis zum Vorabend des Krieges	210
2. Die Entwicklung der Demokratischen Vereinigung	229
VIII. Kapitel	
Die Fortschrittliche Volkspartei im Weltkrieg. Auflösung und Ende (1914–1918)	236
IX. Kapitel	
Bilanz und Exkurs: Liberalismus und Imperialismus	261
1. Begriff und historisches Wesen des Liberalismus	261
2. Die Krise des Liberalismus	274
3. Die Alternative: Liberaldemokratismus oder Neoliberalismus	284
Anhang	
Quellen- und Literaturverzeichnis	303
Personenverzeichnis	19

Vorwort

Die vorliegende Arbeit, als ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland konzipiert, ist zum größeren Teil aus einer von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena angenommenen Dissertation hervorgegangen; sie schließt an die Studie von Gustav Seeber über den Linksliberalismus der Bismarckzeit unmittelbar an.

Das Vierteljahrhundert liberaler Parteiengeschichte von 1893 bis 1918 bildet bei aller ihm innewohnenden Vielgestaltigkeit und bei allem Wandel einen in seiner Struktur wie seiner Entwicklung zusammenhängenden Gegenstand. Eine solche Koordination und zeitliche Begrenzung ermöglicht es, Widersprüche, Wechselbeziehungen, Gegensätze und Gemeinsamkeiten in und zwischen den liberalen Parteien, die durch wesentliche historische und klassenmäßige Beziehungen verbunden waren, zu berücksichtigen. Der gewählte Zeitraum umfaßt im wesentlichen die aus der Konfrontation von Liberalismus und Imperialismus in der deutschen bürgerlichen Parteiengeschichte ausgelösten Prozesse und aufgeworfenen Probleme. Das im historischen Um- und Neugruppierungsprozeß entscheidende Jahrzehnt zwischen 1897 und 1907 mußte notwendig in den Mittelpunkt der Untersuchungen rücken.

Die relative Breite des Gegenstandes, der neben- und nacheinander die Geschichte von sechs Parteien einschließt und verschiedentlich auch für die Parteientwicklung bedeutungsvolle Verbände umfaßt, bietet eine größere Übersicht. Das bedingt andererseits gewisse Einschränkungen, die für künftige Aufgaben beachtet werden sollten. So muß auf eine noch weitergehende Berücksichtigung verschiedener wichtiger theoretischer Probleme verzichtet werden. Das gilt insbesondere für die Entwicklung des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie, ferner für Probleme der Bündnispolitik vor 1918 sowie regionale oder gar lokale parteipolitische Verhältnisse und Entwicklungen. Auf eine weitere Sicht bleibt auch die Frage der Vervollkommnung und Ergänzung der sozialökonomisch-soziologischen Analyse wesentlich, angefangen bei methodologischen und terminologischen Fragen.

Die wichtigsten archivalischen Quellen, die für die Arbeit herangezogen wurden, stammen aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam, vor allem aus dem Bestand Fortschrittliche Volkspartei sowie aus dem Nachlaß von Friedrich Naumann. Für die Fortschrittliche Volkspartei und für den Nationalsozialen Verein war die Quellenlage am ergiebigsten. Dagegen gibt es größere Bestandslücken in bezug auf die Frei-

sinnige Vereinigung. Für die Freisinnige Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Vereinigung standen so gut wie keine ungedruckten Quellen zur Verfügung. Allerdings wurden verschiedene Nachlässe in westdeutschen Archiven, insbesondere von Führern der Deutschen Volkspartei, noch nicht ausgewertet. Jedoch spielte die Deutsche Volkspartei infolge ihrer regionalen Begrenzung ohnehin eine untergeordnete Rolle. Dagegen bildet das Fehlen archivalischer Quellen über die Freisinnige Volkspartei eine empfindliche Lücke. Neben Archivmaterialien waren Zeitungen, Zeitschriften, Parteitagprotokolle, die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Flugschriften und Memoiren weitere wichtige Quellen. Der Verfasser dankt den Mitarbeitern der Universitätsbibliothek Jena und des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, die ihm durch die Bereitstellung des Materials halfen. Sein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Dieter Fricke, Direktor des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena, sowie Dr. Herbert Schwab, Dr. Gustav Seeber und den anderen Kollegen in Jena und Leipzig, die mit wertvollen Hinweisen und Anregungen die Entstehung der Arbeit gefördert haben.

Jena, Oktober 1967

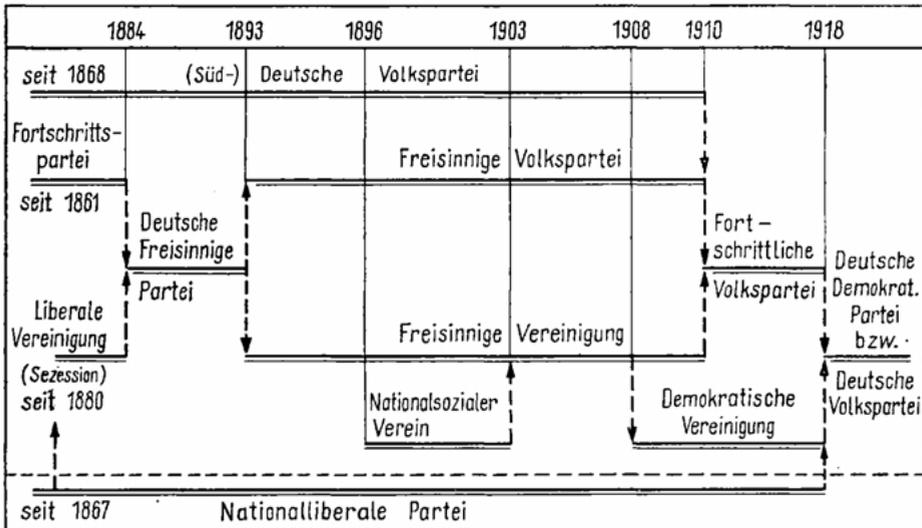
Ludwig Elm

I. KAPITEL

Charakter und Struktur des Linksliberalismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts

Vorliegende Arbeit untersucht die Geschichte der Parteien der deutschen liberalen Bourgeoisie von 1893 bis 1910, die man unter dem Sammelbegriff „Linksliberalismus“ zusammenfaßt, sowie die aus ihnen hervorgegangene Fortschrittliche Volkspartei von 1910 bis 1918. Nach der Auflösung der Deutschen Freisinnigen Partei 1893 umfaßte der Linksliberalismus die *Freisinnige Volkspartei* (1893–1910), die *Freisinnige Vereinigung* (1893–1910), die *Deutsche Volkspartei* (1868–1910) und den *Nationalsozialen Verein* (1896–1903). In die spätere Entwicklungsphase ist die 1908 aus dem linksliberalen Lager entwachsende *Demokratische Vereinigung* (1908–1918) einzu beziehen.

In einer graphischen Übersicht bietet die darzustellende Phase liberaler Parteientwicklung dieses Bild:



Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird die als Linksliberalismus bezeichnete Parteiengruppierung entscheidend von den beiden freisinnigen Parteien bestimmt. Sie sind die unmittelbaren Nachfolger der Deutschen Freisinnigen Partei (1884–1893)

bzw. der früheren Fortschrittspartei (1861–1884). Die zwischen ihnen auftretenden Widersprüche spiegeln sozialökonomische und politisch-ideologische Differenzierungen innerhalb der Bourgeoisie beim Übergang zum Imperialismus wider. Erheblicher sind die Besonderheiten der beiden übrigen Parteien. Die Deutsche Volkspartei hat ihren ursprünglich demokratischen Charakter weitgehend verloren und sich in Ideologie und Politik den traditionellen liberalen Parteien angeglichen. Der Nationalsoziale Verein wies besonders in der Anfangsphase, bedingt durch seine Entstehung, Zusammensetzung und seine spezifischen ideologischen Bestandteile und Zielsetzungen, die schärfsten Abweichungen von den anderen linkliberalen Parteien auf. Im Ergebnis der objektiven Wirkung der Klassenkämpfe und seiner eigenen Ohnmacht näherte er sich diesen Parteien ständig, verbündete sich mit ihnen und ging schließlich in ihnen auf. Seine Wertung als eine der linkliberalen Parteien ist unerlässlich für das Verständnis der ideologischen Prozesse und der politisch-taktischen Verhaltensweisen des liberalen Bürgertums nach der Jahrhundertwende.

Angesichts der Vielfalt ist eine einleitende nähere Charakteristik des Gegenstandes und seiner hauptsächlichen Bestandteile, wie sie sich am Ausgang des Jahrhunderts darbieten, unumgänglich. Zur begrifflichen Verständigung sei bemerkt, daß die Bezeichnung Linkliberalismus als ein in der Geschichtsliteratur eingebürgerter Sammelname verwandt wird. Hiermit ist der Liberalismus gemeint, wie er in dem zu behandelnden Zeitraum auf der Ebene des Parteiwesens überhaupt noch bestand, ohne daß man sich darunter einen linken, besonders entschiedenen Flügel des Liberalismus vorzustellen hat. Damit läßt sich der Nationalliberalismus in seiner Gesamtheit nun nicht mehr unter dem Oberbegriff des Liberalismus subsumieren, da ihm das mit dem wissenschaftlichen Liberalismus-Begriff unabdingbar verbundene Kriterium der Fortschrittlichkeit fehlt. Im abschließenden Kapitel werden mit der Zusammenfassung und Verallgemeinerung der Ergebnisse eine Präzisierung und eine Begründung dieser Anschauung versucht.

1. Die linkliberalen Parteien

Der Linkliberalismus nahm in den neunziger Jahren eine besonders vielschichtige politische Färbung an. Darin äußerten sich die epochalen Wandlungen, die zwangsläufig seine gesamte historische Stellung berühren mußten. „Eine Epoche verschärfter Gegensätze und gewaltiger Klassenkämpfe löste nun die vorangegangene relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus ab. Das war eine Epoche der Kriege und Revolutionen, des Aufschwungs der revolutionären Arbeiterbewegung, der nationalen Befreiungsbewegungen und der allgemein-demokratischen Bewegung.“¹ Die Charakterisierung der Struktur des Linkliberalismus soll den Ausgangspunkt beim Eintritt in diese neue geschichtliche Epoche kennzeichnen.

¹ *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd 2, Berlin 1966, S. 12 (im folgenden: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*).

Die *Freisinnige Volkspartei* war die eigentliche Nachfolgerin der Fortschrittspartei und der Deutschen Freisinnigen Partei nach der Abspaltung sowohl der schwerindustriell-schutzzöllnerischen als auch der maßgebenden großkapitalistischen Kreise von Handel und Exportindustrie. Sie stützte sich vorrangig auf kleine und mittlere Unternehmer, Kaufleute, mittel- und kleinbäuerliche Schichten, Angestellte und Gruppen der Intelligenz. In den ersten Jahren ihres Bestehens ließ sie sich noch hauptsächlich von der traditionellen manchesterlichen Opposition gegen Militarismus und Kolonialpolitik leiten und nahm gegenüber dem junkerlich-imperialistischen Staat trotz ihrer monarchistischen Gesinnung eine liberal-oppositionelle Haltung ein. Nach der Jahrhundertwende ging die Freisinnige Volkspartei, als infolge der sozialökonomischen Lage der größere Teil ihrer Anhängerschaft seine Stellung gegenüber Aufrüstung und Expansionspolitik geändert hatte, aber auch als Folge eines bornierten Antisozialismus bei Führung und Mehrheit der Partei in das Lager des Imperialismus und Militarismus über. Damit gab auch die letzte bedeutende bürgerliche Oppositionspartei der vorimperialistischen Epoche die Lebensinteressen der Nation und der Demokratie preis.

Die Freisinnige Volkspartei ging aus der Spaltung der Deutschen Freisinnigen Partei als Folge innerer Differenzen in der Stellung zur Caprivischen Militärvorlage hervor. In der entscheidenden Fraktionssitzung am 6. Mai 1893 hatten sich nur 27 von 49 Abgeordneten auf die Seite von Eugen Richter gestellt. Unter seiner Führung sammelten sich vorwiegend die kleinbürgerlichen Führer, Vereine und Mitglieder der bisherigen Deutschen Freisinnigen Partei zur Freisinnigen Volkspartei. Bereits am 7. Mai 1893 erließen die Freisinnige und die Deutsche Volkspartei einen von Eugen Richter und Friedrich Payer unterzeichneten Wahlaufuf. Allerdings brachte die Reichstagswahl vom Juni 1893 für den gesamten Freisinn einen erneuten Rückgang der Wählerstimmen und Mandate. Vom 14. bis 16. Juli 1893 fand der konstituierende Parteitag in Berlin statt. Er beschloß den Parteinamen, das Organisationsstatut und erkannte die Haltung Richters und der Fraktionsmehrheit bei der Ablehnung der Militärvorlage und der Spaltung der alten freisinnigen Partei an.

Das Programm, im September 1894 vom Parteitag in Eisenach angenommen, forderte insbesondere die „freiheitliche Ausgestaltung des Gemeinwesens als unerläßliche Voraussetzung der Volkswohlfahrt“, die Förderung der Volksbildung, die Verbesserung des Gesundheitswesens und der Wohnungsverhältnisse, die sparsame Bemessung der öffentlichen Lasten sowie die Unterstützung der internationalen Friedensbestrebungen. Zwar fehlte vor allem eine grundsätzliche Stellungnahme gegen den Militarismus, insgesamt aber bot das Programm bürgerlich-demokratischen Bestrebungen in der Anhängerschaft Ansatzpunkte und Ziele, die zu verwirklichen für die damaligen politischen und verfassungsrechtlichen Verhältnisse einen tatsächlichen Fortschritt bedeutet hätten. Ein weiteres wesentliches programmatisches Dokument hat der dritte Parteitag 1897 in Nürnberg als Programm zu den Reichstagswahlen von 1898 beschlossen. Inhaltlich mit dem Parteiprogramm nahezu identisch, wurde es auch im Wahlkampf zur Reichstagswahl 1903 aufrechterhalten.

Das Organisationsstatut bestimmte den Parteitag „als oberstes Organ der Parteileitung“, der mindestens alle drei Jahre berufen werden sollte. Teilnahmeberechtigt

waren die Abgeordneten des Reichstags und der Landtage, die Kandidaten der letzten Reichstagswahlen, die Mitglieder des Zentralausschusses sowie bis zu drei Delegierte aus jedem Wahlkreis. Zwischen den Parteitagungen oblag dem Zentralausschuß die politische Führung; ihm gehörten die Abgeordneten des Reichstages, der Landtage und die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses an. Er konstituierte sich nach jeder Reichstagswahl und wählte für die Legislaturperiode einen Vorsitzenden, zwei Stellvertreter und die fünf Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses. Dieser Ausschuß hatte die laufenden Parteigeschäfte zu führen. Während das Statut die Abhaltung von Provinzial- und Landesparteitagen festlegte, wurde der Status der lokalen Vereine nur kurz und unverbindlich fixiert. Zur Mitgliedschaft enthielt das Statut überhaupt keine Bestimmungen, sondern überließ die Regelung dieser Fragen völlig den Vereinen. Eugen Richter hat die ihm als Vorsitzenden eingeräumten Möglichkeiten zur straffen persönlichen Führung der Partei weitgehend genutzt. Mit der von Richter seit 1885 herausgegebenen „Freisinnigen Zeitung“ verfügte die Parteiführung über ein zentrales Parteiorgan. Von den größeren liberalen Zeitungen stand die „Vossische Zeitung“ der Partei am nächsten.

Die *Freisinnige Volkspartei* war der Zahl der Vereine, Mitglieder, Wähler und Mandate nach die stärkste unter den linksliberalen Parteien. Sie erhielt bei allen Reichstagswahlen die absolute Mehrheit aller für den Linksliberalismus abgegebenen Stimmen und außer 1893 auch die aller Reichstagsmandate. Als Vorsitzender stand dem Zentralausschuß Reinhart Schmidt-Elberfeld vor; 1. Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses war bis zu seinem Tode 1906 Eugen Richter, danach Dr. Hermann Müller-Sagan bis 1908 und Dr. Otto Wiemer bis 1910. Zur Führung und zu den langjährigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion gehörten außerdem: Otto Fischbeck, Johannes Kaempff, Julius Kopsch, Julius Lenzmann, Dr. Ernst Müller-Meiningen, Dr. Otto Mugdan, Albert Traeger.

Die *Freisinnige Vereinigung (Wahlverein der Liberalen)* war eine großbürgerlich-liberale Partei, die den freihändlerisch orientierten Gruppen der Bourgeoisie einen maßgeblichen politischen Einfluß zu verschaffen suchte. Sie wollte dieses Ziel durch die Unterstützung der imperialistischen Aufrüstungs- und Expansionspolitik, durch eine liberal-sozialreformerische Innenpolitik sowie die Zurückdrängung des Junkertums verwirklichen. Vor allem vertrat sie die wirtschafts- und innenpolitischen Interessen und Ziele des Bank- und Handelskapitals sowie der Exportindustrie. Als soziale Basis dienten ihr hauptsächlich die großstädtischen Kreise des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Von ihrer Führer- und Mitgliedschaft gingen intensive Bemühungen um die Förderung der opportunistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung aus. Die von der Partei in den Grundfragen der Nation und der Demokratie eingenommene widersprüchliche Haltung war eine wesentliche Ursache ihres geringen Einflusses auf die Massen und schließlich ihrer völligen politischen Bedeutungslosigkeit.

Die Freisinnige Vereinigung war wie die Freisinnige Volkspartei aus der Spaltung der Deutschen Freisinnigen Partei im Mai 1893 hervorgegangen. Nur in Schleswig-Holstein blieb die Organisation der Deutschen Freisinnigen Partei bestehen und stand vorwiegend unter dem Einfluß der Freisinnigen Vereinigung. Unter der Führung von

Georg v. Siemens, Heinrich Rickert, Theodor Barth und Max Broemel sammelten sich jene Mitglieder der bisherigen Deutschen Freisinnigen Partei, die nunmehr die Aufrüstungs- und Kolonialpolitik unterstützen bzw. sie tolerieren wollten. Dieser Flügel identifizierte sich soziologisch, personell und politisch-ideologisch weitgehend mit den Sezessionisten von 1880, die 1884 durch die Fusion mit der Fortschrittspartei die Deutsche Freisinnige Partei mitgegründet hatten. Am 2. und 3. Dezember 1893 hielt die Freisinnige Vereinigung in Berlin ihre konstituierende Generalversammlung ab, auf der erklärt wurde, daß die Parteigründung kein definitiver Akt sei, sondern ein Ausgangspunkt zur allgemeinen Sammlung der Liberalen werden solle. Man beschloß das Statut, eine Resolution zur Programmfrage sowie Resolutionen zur Handelsvertragspolitik, Landwirtschaft, Steuerreform und Schulfrage.

Die Freisinnige Vereinigung hat nie ein eigentliches Parteiprogramm besessen. Die konstituierende Versammlung von 1893 erklärte die Verwirklichung der in den Einigungspunkten von 1884 niedergelegten liberalen Grundsätze zum Ziel der politischen Bestrebungen der Partei. Im übrigen beschränkte sie sich in programmatischer Hinsicht auf Wahlaufufe, Resolutionen zu bestimmten politischen Vorgängen und Forderungen sowie auf Reden und Publikationen ihrer Führer und Ideologen. Ebenso wenig verfügte sie über eine Parteizeitung. Diese programmatische und politische Unverbindlichkeit entsprach den Interessen bestimmter einflußreicher kapitalistischer Kreise und dem erklärten Ziel, Sammelpunkt aller Liberalen zu werden.

Das 1893 beschlossene Statut entsprach diesen Tendenzen auch in organisationspolitischer Beziehung. Es rückte die Aufgaben der Partei bei den Wahlen in den Vordergrund. Die Leitung der Partei oblag einem von der Generalversammlung zu wählenden Vorstand von mindestens 15 Mitgliedern, der einen siebenköpfigen Geschäftsführenden Ausschuß mit dem Sitz Berlin wählte. Für die Mitgliedschaft enthielt das Statut nur die Bedingung eines jährlichen Mindestbeitrages von 2 Mark. Zu der etwa alljährlich meist in Berlin abgehaltenen Generalversammlung wurden Delegierte nicht gewählt; ihre Teilnehmer ergaben sich aus den zufälligen Interessen und Möglichkeiten der Mitglieder zur Mitarbeit. Erst von 1906 ab wählten die Lokalvereine Teilnehmer zum Parteitag, der nun den Charakter eines Delegiertentages annahm.

Das Fehlen einer Parteizeitung entsprach sowohl der inneren politisch-ideologischen Situation der Partei wie der Differenziertheit der ökonomischen und politischen Bestrebungen ihrer Anhängerschaft. Dagegen besaß diese kleine Partei einen relativ großen Einfluß auf die liberale Presse. Die von Barth seit 1883 herausgegebene Wochenschrift „Die Nation“ galt nach Franz Mehring als das geistig und kulturell bedeutsamste Blatt der deutschen Bourgeoisie. Das in einer hohen Auflage erscheinende „Berliner Tageblatt“ stand der Vereinigung politisch und personell nahe. In den Küstenstädten gab es mehrere Blätter im Besitz oder unter unmittelbarem Einfluß der freisinnigen Führer oder Vereine, darunter die „Kieler Zeitung“, die „Weser-Zeitung“, die „Ostsee-Zeitung“ und die „Danziger Zeitung“. In wesentlichen innenpolitischen Fragen fanden insbesondere Barth und seine Anhänger bei einflußreichen und verbreiteten Zeitungen wie der „Berliner Volkszeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ Übereinstimmung und Unterstützung.

Die Freisinnige Vereinigung erhielt bei den Reichstagswahlen im Durchschnitt etwa 3 Prozent der Stimmen und Mandate. Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses war Heinrich Rickert und nach dessen Tode (1902) Karl Schrader. Zur Führung und zu den langjährigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion gehörten: Dr. Theodor Barth, Max Broemel, Hermann Frese, Georg Gothein, Prof. Dr. Albert Hänel, Paul Nathan, Hermann Pachnicke, Dr. Georg v. Siemens.

Die *Deutsche Volkspartei*, häufig auch als *Süddeutsche Volkspartei* bezeichnet, war in den sechziger Jahren – an die bürgerlich-demokratischen Traditionen der Revolutionszeit anknüpfend – in Schwaben und Württemberg entstanden. Ihre Einflußsphäre blieb nahezu auf Württemberg, Bayern und Baden beschränkt. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Volkspartei ihren demokratischen Charakter verloren. Allerdings nahm sie zu jener Zeit im Reich bei wichtigen Fragen des Kampfes gegen den Militarismus und für den Ausbau und die Sicherung der politischen und sozialen Rechte des Volkes noch den äußersten linken Platz unter den bürgerlichen Parteien ein. In der Folgezeit schloß sie sich jedoch dem Übergang der Freisinnigen zur herrschenden Reaktion an. Sie vertrat in ihrer Politik vor allem die Interessen des kleinen und mittleren Kapitals, der Industrie und des Gewerbes, der klein- und mittelbäuerlichen Schichten sowie die Belange der Angestellten und Intellektuellen Südwestdeutschlands und fand hauptsächlich in diesen Schichten ihre Wählerschaft.

Die Gründer der Deutschen Volkspartei kamen aus den Kreisen der Achtundvierziger, die – zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt – nach 1848 geflohen und erst 1864, nach der Amnestie, aus dem Exil zurückgekehrt waren: Karl Mayer, Julius Haußmann und Ludwig Pfau. Unterstützung fanden sie bei Leopold Sonnemann, dessen „Frankfurter Zeitung“ zum wichtigsten Organ der süd- und südwestdeutschen bürgerlichen Demokratie wurde. Die Konstituierung der Partei erfolgte auf der Stuttgarter Delegiertenkonferenz im September 1868, die das unter dem ideellen Einfluß von Johann Jacoby ausgearbeitete Parteiprogramm annahm. Während das Organisationsstatut schon im Oktober 1869 von der Versammlung in Braunschweig angenommen wurde, kam es jedoch erst nach den Beschlüssen des Würzburger Parteitages 1878 zu einem wirksamen Ausbau der Parteiorganisation.

Das erste Programm der Deutschen Volkspartei von 1868 galt nur bis in die neunziger Jahre. Der Parteitag zu München 1895 beschloß ein neues Programm, wobei er aus dem alten Programm das Bekenntnis zum politischen Fortschritt, zu den demokratischen Grundsätzen bürgerlicher Freiheit und Gleichheit und zur Selbstregierung des Volkes übernahm. Zum Unterschied von den Programmen der anderen linkliberalen Parteien bekannte sich die Deutsche Volkspartei eindeutig zum Frieden, gegen Krieg und Militarismus. Sie forderte das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Volksvertretungen innerhalb des Reiches. Jedoch wurde sie im Rahmen ihres Bündnisses mit den freisinnigen Parteien ihren eigenen demokratischen Forderungen untreu und paßte sich in ihrem politischen Wirken jenen Parteien an.

Das Organisationsstatut von 1869 erhielt durch den Parteitag zu Würzburg 1890 eine neue Fassung. Danach hatte der alljährlich stattfindende Parteitag den engeren (7 Mitglieder) und den erweiterten Ausschuß (mindestens 19 Mitglieder) zu wählen. Zum Parteitag entsandten die Ortsgruppen bis zu 15 Delegierte. Seit 1890 war Stutt-

gart Sitz der Parteileitung. In Württemberg bestand eine besondere Landesorganisation, während im Großherzogtum Baden die Freisinnige Volkspartei und die Deutsche Volkspartei eine gemeinsame Organisation unterhielten. Die „Frankfurter Zeitung“ war das wichtigste publizistische Organ der Deutschen Volkspartei, ohne jedoch als Parteiorgan im engeren Sinne zu gelten.

In den Reichstagswahlen 1893 und 1898 verteilten sich die Stimmen für die Deutsche Volkspartei wie folgt:

Gesamtzahl	1893		1898	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Württemberg	105 600	10	75 100	7
Bayern	41 600	1	18 300	1
Baden	10 400	—	10 500	—
Übrige	9 200	—	4 600	—

In den württembergischen Landtagswahlen von 1895 hatte die Partei 31 von 70 Mandaten der 2. Kammer gewonnen und stellte seitdem mit Payer den Präsidenten dieser Kammer.

Parteivorsitzender war in dieser letzten Periode des Bestehens der Partei Friedrich Payer. Zur Führung und zu den langjährigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion dieser Zeit gehörten Conrad Haußmann, Rudolf Oeser, Prof. Dr. Ludwig Quidde und Christian Storz.

Der *Nationalsoziale Verein*, eine liberale Partei mit ausgeprägt imperialistischen, militaristischen und monarchistischen Zügen und Forderungen, war vorwiegend konservativ-klerikalen Ursprungs. In ihrer Gründung und Aufgabenstellung spiegelt sich vor allem die Ohnmacht der herrschenden Klassen gegenüber der Arbeiterbewegung wider. Seine eigentliche Aufgabe sah der Nationalsoziale Verein darin, die Arbeiterklasse chauvinistisch zu beeinflussen und sozialreformerisch zu bevormunden, um so den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zurückzudrängen und die Arbeiterbewegung der politischen Führung durch die Bourgeoisie unterzuordnen. Der Verein fand besonders unter Intellektuellen, bei sozialpolitisch aktiven Gruppen der Geistlichkeit und in mittleren bürgerlichen Schichten Anhänger. Die herrschenden Kreise begegneten ihm wegen bestimmter sozialpolitischer Forderungen und wegen seines Kontaktes mit dem rechten Flügel der Sozialdemokratie mit Mißtrauen. Der Nationalsoziale Verein vermochte die ihm gestellte Aufgabe nicht zu erfüllen. Vielmehr scheiterte er an der sozialistischen Arbeiterbewegung, an der Massenbasis der Sozialdemokratischen Partei, an der eigenen inneren Widersprüchlichkeit und an dem Fehlen einer Perspektive.

Die Gründung des Vereins hatte Friedrich Naumann politisch-ideologisch und programmatisch vorbereitet. Seit Anfang 1895 erschien die Wochenschrift „Die Hilfe“ und ab 1. Oktober 1896 die Tageszeitung „Die Zeit“. Die vom 23. bis 25. November 1896 in Erfurt stattfindende Vertreterversammlung der Nationalsozialen führte zur Konstituierung des Vereins. Zu dieser Zeit bestanden bereits nationalsoziale Lokal-

vereine und lose Gruppen von Anhängern in einigen Gebieten des Reiches. Der Vertretertag beschloß den Namen des Vereins, ferner die von Naumann im Verlauf der Verhandlungen vorgeschlagenen Grundlinien sowie das Organisationsstatut. Sodann wählte die Versammlung F. Naumann einstimmig zum Vorsitzenden und in den Vereinsvorstand u. a. die Leipziger Professoren C. René Gregory und Rudolf Sohm sowie Pfarrer Paul Göhre.

Die Grundlinien – sie bildeten das Vereinsprogramm – enthielten von allen linksliberalen Programmen das eindeutigste Bekenntnis zur äußeren Machtpolitik und zum Militarismus. Die Erklärung, „auf nationalem Boden“ zu stehen, brachte dies klar zum Ausdruck. Daneben enthielt das Programm in innen- und wirtschaftspolitischer Hinsicht Forderungen, die denen der anderen linken bürgerlichen Parteien nahe kamen. Das zeigte sich im Eintreten für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, für die Erhaltung des Reichstagswahlrechts und dessen Einführung in den Einzelstaaten, für die Vereinsfreiheit und die staatsbürgerlichen Rechte. In ihren wenig präzisen sozialpolitischen Zielsetzungen gingen die Grundlinien über die liberalen Programme hinaus. So bekannten sie sich zu Gewerkschaften und Genossenschaften als Mitteln zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen. Das Bekenntnis zum Christentum entsprach den Beweggründen für Entstehung und Struktur des Vereins; letztlich vermehrte es jedoch dessen innere Widersprüche.

Das Organisationsstatut legte die alljährliche Abhaltung der Vertreterversammlung fest. Neben den gewählten Funktionären der zentralen Organe waren je fünf Delegierte aus jedem Reichstagswahlkreis zur Teilnahme berechtigt. Als Bedingung für die Mitgliedschaft wurden das Bekenntnis zum Programm der Partei und ein jährlicher Beitrag festgelegt. Der Mitgliedsbeitrag sollte nach besten Kräften geleistet werden und bei einem Jahreseinkommen über 3000 Mark nicht unter 5 Mark liegen. Das Statut bezeichnete „Die Zeit“ und „Die Hilfe“ als Vereinsorgane. Außerdem verfügte der Verein zeitweilig auch über einzelne lokale Blätter.

Die Reichstagswahlergebnisse des Nationalsozialen Vereins betragen im Vergleich zu denen seiner erklärten Gegner:

Reichstagswahlen

	1898	1903	Zunahme in Prozent
Abgegebene gültige Stimmen	7 752 700	9 495 600	22,5
Sozialdemokratische Partei	2 107 100	3 010 800	42,8
Nationalsozialer Verein	27 200	30 300	11,4

Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins war Friedrich Naumann. Zu den Führern des Vereins gehörten Adolf Damaschke, Hellmut von Gerlach, Paul Göhre, Prof. Dr. Rudolf Sohm und Martin Wenck.

2. Zur ökonomischen und sozialen Basis des Linksliberalismus um 1900

In der Gesetzmäßigkeit der Krise des Liberalismus im Imperialismus werden die in der Herausbildung des Monopolkapitals liegenden hauptsächlich Ursachen des Zerfalls der geschichtlichen und sozialökonomischen Basis des Liberalismus sichtbar. Der Linksliberalismus besaß in den neunziger Jahren innerhalb der Arbeiterklasse keine nennenswerten Positionen mehr. Zu seiner Wählerschaft gehörten besonders in einigen nord- und ostdeutschen Gebieten wohl noch größere Kreise aus der bäuerlichen Bevölkerung, doch hatten diese Schichten keinen Einfluß auf die von den linksliberalen Parteien verfolgte Politik. Die eigentlichen politischen und sozialen Interessen der Volksmassen kamen in dieser Politik höchstens mittelbar und abgeschwächt oder überhaupt nicht zur Geltung. Ausnahmen bildeten solche Fragen, in denen sich die Interessen des werktätigen Volkes mit denen der vom Linksliberalismus vertretenen bürgerlichen Schichten berührten. Das galt besonders gegenüber dem junkerlichen Protektionismus, für die Stellung zu bestimmten Auswirkungen der Aufrüstung und der Monopolisierung sowie für den Kampf gegen die Vorherrschaft konservativ-reaktionärer Kräfte und deren Bestrebungen in der Innenpolitik.

Die bürgerliche Anhängerschaft des Linksliberalismus dieser Periode ist durchaus differenziert und läßt sich keineswegs mit bestimmten Schichten gleichsetzen. Eindeutig und relativ scharf ist die Abgrenzung nur gegenüber der Arbeiterklasse und dem Junkertum. In dem, wenn auch lockeren und unverbindlichen, inneren Zusammenhalt im liberalen Bürgertum und seinen Parteigruppen äußern sich gemeinsame geschichtliche, sozialökonomische und politische Interessen der verschiedenen Schichten und Gruppen. Dazu gehören jene Interessen, die sich mit denen der Volksmassen gegenüber dem Junkertum und der schutzzöllnerischen Schwerindustrie decken, ferner das Streben nach einem Ausbau der politischen Macht der Bourgeoisie und nach stärkerer Durchsetzung ihrer politischen Grundsätze, Ziele und Methoden. Ein verbindendes Element waren schließlich der antagonistische Gegensatz zur sozialistischen Arbeiterbewegung und die Gegnerschaft zu jeder konsequent demokratischen Volksbewegung und zur führenden Rolle des Proletariats im Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion.

Sind mit den Widersprüchen zwischen liberalem Bürgertum und Junkern einerseits sowie zwischen liberalem Bürgertum und Arbeiterklasse andererseits auch die klassenmäßigen und politisch-ideologischen Grenzlinien des Linksliberalismus gekennzeichnet, so gewannen mit dem Übergang zum Imperialismus jedoch auch die sich innerhalb der Bourgeoisie selbst herausbildenden Gegensätze wachsende Bedeutung. Ihre Berücksichtigung ist entscheidend für den Nachweis, daß sich das geschichtliche Abtreten des Liberalismus nicht nur im Ergebnis des Aufkommens und der geschichtlichen Rolle des Proletariats vollzog, sondern auch als Konsequenz des Zerfalls, des Niedergangs und der Fäulnis der Bourgeoisie selbst. Man muß jene Veränderungen der sozialen Struktur Deutschlands berücksichtigen, die sich aus dem Wirken der objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise in Deutschland

etwa zwischen 1871 und 1900 ergaben und uns zum unmittelbaren Verständnis der Labilität und des Schwundes der Klassenbasis des Liberalismus führen.²

Zwischen 1880 und 1910 stieg die Zahl der Unternehmen des Handels, des Verkehrs und der in ihnen beschäftigten Werktätigen rasch an. Gleichzeitig vollzog sich hier auch ein starker Konzentrations- und Differenzierungsprozeß. Diese mit dem Linkliberalismus klassenmäßig und historisch eng verbundenen Wirtschaftszweige blieben vorwiegend freihändlerisch orientiert und bildeten teilweise einen Nährboden für bürgerliche antimonopolistische Tendenzen.

Analog erhöhten sich die Rolle und das ökonomische und politische Gewicht des Bankkapitals, das sich ebenfalls noch wesentlich von den freisinnigen Parteien und der liberalen Presse, beispielsweise der „Frankfurter Zeitung“, politisch vertreten ließ. W. I. Lenin stützte sich bei der Analyse der neuen Rolle der Banken im Imperialismus auch auf die Untersuchungen der Bankexperten Jacob Riesser und Gerhart v. Schulze-Gävernitz, die den freisinnigen Parteien nahestanden. Die mit der politischen Geschichte des deutschen Freisinns eng verflochtene Deutsche Bank, die 1870 mit einem Aktienkapital von 15 Mill. Mark gegründet war, verfügte schon am 1. Januar 1914 über ein Kapital von 200 Mill. Mark. Lenin hat in seinem klassischen Werk über den Imperialismus ihre Entwicklung und Rolle als charakteristisch für die gesetzmäßige Herausbildung der Monopolbanken gekennzeichnet. So schrieb er über das Wesen und die Bedeutung dieser Prozesse: „In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Institutionen entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopolisten bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus, und deshalb müssen wir in erster Linie bei der Konzentration des Bankwesens verweilen.“³

Die prinzipiell gleichen Strukturwandlungen vollzogen sich in der Industrie, deren freihändlerische Gruppen ebenfalls den Freisinn unterstützten. Diese grundlegenden Veränderungen führten notwendigerweise auch zu wesentlichen strukturellen und qualitativen Wandlungen in anderen sozialen Schichten, auf die sich der Linkliberalismus stützte, so in der Intelligenz und den kapitalistischen Kreisen der Landwirtschaft. Die klassenmäßige Polarisierung sowie die sozialökonomische Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie selbst mußte dem Liberalismus den früheren Einfluß end-

² Ebenda, S. 47 ff.; s. auch *Kuczynski, Jürgen*, Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. II, Berlin 1962, S. 11–90; *derselbe*, Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962 – Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd 14; Imperialismus heute, Berlin 1965, entsprechende Abschnitte.

³ *Lenin, W. I.*, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd 22, Berlin 1960, S. 214.

gültig entziehen. Trotz seiner Prinzipienlosigkeit und Inkonsequenz vermochte dieser nicht mehr die sich ausbildenden Abstufungen, Widersprüche und Gegensätze zu überbrücken. Außerdem entfernten sich mit der sozialökonomischen Wandlung auch die politisch-ideologischen Bedürfnisse der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie vom Liberalismus. Diese Entwicklung wurde durch das gleichzeitige machtvolle Wachstum der Sozialdemokratischen Partei beschleunigt. Schließlich drückte sich in der Niederlage der Liberalen im Kampf um den Einfluß auf die werktätigen Massen auch die Reaktion auf den Verrat und die Halbheiten des Liberalismus aus.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Klassenbasis dieser Parteien der Bourgeoisie wiederholt recht präzise bestimmt. Der „Vorwärts“ ging in einer Einschätzung während des Reichstagswahlkampfes 1898 davon aus, daß die freisinnigen Parteien selbst innerlich konservativ geworden seien. Gegenüber der äußersten Reaktion träten sie jedoch als die Vertreter eines maßvollen Fortschritts auf. „Diese Haltung ergibt sich aus der ganzen Stellung der Gesellschaftsschichten, die ihre Vertreter in der freisinnigen Partei finden; Kleinbürger, die noch an die Möglichkeit ihres Aufstiegens glauben und daher noch nicht offen zünftlerisch-antisemitisch geworden sind; kleinere Industrielle und Mittelkaufleute; in manchen Gebieten – so im Osten und Norden – die kräftigeren Schichten des Bauerntums, das sich stark genug fühlt, den Kampf mit der Privilegienwirtschaft eines abgewirtschafteten Junkertums aufzunehmen; dazu noch ein Teil der liberalen Berufe, vornehmlich Lehrer und Rechtsanwälte, die teils als am Freihandel interessierte Konsumenten, teils im Bewußtsein einer von Amts wegen nicht voll anerkannten gesellschaftlichen Stellung zur Opposition gegen die junkerfreundliche Reichspolitik neigen; das sind die Elemente, aus denen sich vorwiegend die freisinnigen Parteien rekrutieren. Dazu kommen einzelne Schichten selbst der Großindustrie, die unter der Zoll- und Finanzpolitik der Reichsregierung leiden oder sich bedroht fühlen: Textilindustrielle in der Lausitz, Branntweinfabrikanten in Nordhausen, Tabakindustrielle in Mannheim und Gießen; kurz ein Konglomerat verschiedenartigster Richtungen der besitzenden Klassen ohne eine klare Interessengemeinschaft, einig nur in der Opposition gegen eine allzu ausgeprägte Junker- und Polizeiwirtschaft wie gegen jede entschiedene, sei es demokratische, sei es soziale Reform, die die Herrschaftsstellung der besitzenden Klassen irgendwie gefährden könnte.“⁴ Die sozialdemokratische Zeitung zog daraus den Schluß, daß es sich beim Freisinn keineswegs um eine demokratische und schwerlich um eine konsequent liberale Partei handle.

Dieses Urteil über die sozialen Grundlagen des Linksliberalismus bekräftigte der „Berliner Börsen-Courier“, als er sich gegen die Pläne eines engeren Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gegen die junkerliche Reaktion wandte. Der Freisinn sei zwar keine Partei der Unternehmer. „Aber es gehören zu ihm Unternehmer des Groß- und Mittel- wie des Kleinbetriebes. Die Handwerker und Kaufleute in der Stadt und im Dorf, die Landwirte von mäßigem Besitz, die Fabrikanten in den Industriegegenden, die Großhändler an der Wasserkante kann und will er nicht missen... Außer der Gruppe des Unternehmertums umfaßt der Freisinn auch noch

⁴ *Vorwärts* v. 26. 4. 1898.

andere wertvolle Elemente wie Lehrer, Rechtsanwälte etc.“⁵ Auch Karl Lamprecht betonte, daß sich die „Beeinflussung des parlamentarischen Lebens durch das Unternehmertum“ keineswegs auf die Nationalliberale Partei beschränke. Vielmehr gäbe es keine Partei, auf die dieser Faktor nicht tief einwirke. „Wohlbekannt ist zudem das besondere Ansehen, in dem gewisse Unternehmer im spezifischen Sinne des Wortes, hervorragende Vertreter industriell-kommerzieller Interessen, in der Freikonservativen und der freisinnigen Partei stehen und gestanden haben.“⁶ Sigmund Neumann hat diese „soziologische Zuordnung der Parteien“, von der er nur das Zentrum ausnahm, wie später auch Gerhard Ritter, ausdrücklich bestätigt.⁷

Trotz der eindeutigen klassenmäßigen Einordnung des Linkliberalismus wird von bürgerlichen Historikern ständig versucht, diesen Nachweis abzuschwächen. Theodor Schieder behauptete, die „liberalen Parteien sind trotz ihrer Verbindungen zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und später zum Hansabund nie in reinen Interessenvertretungen aufgegangen...“⁸ In ähnlicher Weise bemerkte Karl Erich Born: „Die Fortschrittspartei (bis 1884) und ihre Nachfolgerinnen... waren keine wirtschaftlichen Interessenparteien.“⁹ Abgesehen von den unpräzisen und wohl absichtlich vergrößerten Begriffen „reine Interessenvertretung“ und „wirtschaftliche Interessenpartei“ ist die Tendenz, von der klassenmäßigen Grundlage zwecks Aufwertung des Liberalismus abzurücken, unverkennbar. Es fällt auf, wie eng Schieder die Interessenvertretung auffaßt, das Wesentliche – die unmittelbaren Bindungen und den sozialökonomischen Inhalt der freisinnigen Politik – ausklammert und ausgerechnet die Gewerkvereine erwähnt, als ob die Vertretung von Arbeiterinteressen ein wesentlicher oder überhaupt erwähnenswerter Bestandteil der liberalen Politik gewesen sei.

Vielfach wollen bürgerliche Darstellungen die „Verwirtschaftlichung“ als ein zeitweiliges, dem Wesen des Liberalismus selbst fremdes, durch einzelne subjektive Fehlentscheidungen verursachtes und historisch durchaus reparables Phänomen hinstellen. Damit will man die Kontinuität in der Entwicklung der Bourgeoisie wie des Liberalismus leugnen. Leopold v. Wiese¹⁰ und nach ihm Ludwig Mises¹¹ schätzten deshalb die liberale Parteientwicklung seit Bismarck als dem wirklichen Wesen des Liberalismus nicht oder nicht mehr vollständig adäquat ein. Der Liberalismus habe

⁵ *Berliner Börsen-Courier* v. 6. 9. 1906.

⁶ *Lamprecht, Karl*, Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, Bd 2, Berlin 1913, S. 179 f.

⁷ *Neumann, Sigmund*, Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart (1965), Nachdruck der Originalausgabe von 1932, S. 23.

Ritter, Gerhard, Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute, München 1962, S. 112.

⁸ *Schieder, Theodor*, Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: Historische Zeitschrift, Bd 177, München 1954, S. 66.

⁹ *Born, Karl Erich*, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches 1890–1914, Wiesbaden 1957, S. 71.

¹⁰ *Wiese, Leopold v.*, Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1917, S. 69 f.

¹¹ *Mises, Ludwig*, Liberalismus, Jena 1927, S. 2 f.

sich durch wirtschaftliche und soziale Stürme zu leicht von seiner geschichtlichen Bahn ablenken lassen, bemerkte Guido de Ruggiero. „Er hat seinen ersten und schwersten Fehler damit begangen, daß er die Aufnahme des politischen als eines wirtschaftlichen und sozialen Kampfes gebilligt und seinen Parteien den Charakter bürgerlicher Parteien verliehen hat.“¹² Die Darstellung von Friedrich C. Sell ist ebenfalls von dieser Überbewertung des subjektiven Faktors in der Haltung und Entwicklung der liberalen Parteien gekennzeichnet.¹³ Ein solches Herangehen erweist sich in seinen Konsequenzen als geschichtsphilosophische Grundlegung für die heutigen Ansprüche des Neoliberalismus.

Im Zusammenhang mit den klassenmäßigen Grundlagen kann auch die geographische Struktur einige Aufschlüsse und bedingte sozialökonomische Daten geben. Die disproportionale Verteilung wird dabei als Ergebnis differenzierter sozialökonomischer und historisch-politischer Voraussetzungen und, im Gegensatz zu Gerhard Ritter, höchstens untergeordnet als Produkt der „landschaftlichen und ethnischen Vielgestaltigkeit“ wie der „konfessionellen Gespaltenheit Deutschlands“ begriffen.¹⁴ Die Übersicht der Reichstagswahlergebnisse vermittelt das Gesamtbild einer überwiegend abnehmenden Wählerbasis und verdeutlicht, daß nur die beiden freisinnigen Parteien von der Basis und Breite her als Parteien nationalen Charakters gelten können. Die anschließende Übersicht verdeutlicht die auch in ihrer Streuung vorhandenen Disproportionen.

Die Ergebnisse der liberalen Parteien in den Reichstagswahlen 1890–1912:

a) Stimmen in Tausend; in Klammern der prozentuale Anteil an den abgegebenen gültigen Gesamtstimmen

Reichstagswahlen

Partei	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Deutsche Freisinnige Partei	1160 (16,1)	—	—	—	—	—
Deutsche Volkspartei	148 (2,0)	167 (2,2)	109 (1,4)	91 (1,0)	139 (1,2)	—
Freisinnige Volkspartei	—	666 (8,7)	558 (7,2)	538 (5,7)	736 (6,5)	—
Freisinnige Vereinigung	—	259 (3,4)	195 (2,5)	243 (2,6)	359 (3,2)	—
Nationalsozialer Verein	—	—	27 (0,4)	30 (0,3)	—	—
Fortschrittliche Volkspartei	—	—	—	—	—	1497 (12,3)
Demokratische Vereinigung	—	—	—	—	—	29 (0,4)
Insgesamt	1308 (18,1)	1092 (14,2)	889 (11,5)	902 (9,6)	1234 (11,0)	1526 (12,7)

¹² Ruggiero, Guido de, *Geschichte des Liberalismus in Europa*, München 1930, S. 370 f.

¹³ Sell, Friedrich C., *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, Stuttgart 1953, S. 275 ff., 330 ff.

¹⁴ Ritter, Gerhard, *Allgemeiner Charakter und geschichtliche Grundlagen des politischen Parteiwesens in Deutschland*, München 1958, S. 74. (Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur historisch-politischen Selbstbesinnung.)

b) Erlangte Reichstagsmandate; in Klammern der prozentuale Anteil an der Gesamtzahl der Reichstagsmandate

<i>Reichstagswahlen</i>						
Partei	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Deutsche Freisinnige Partei	66 (16,5)	—	—	—	—	—
Deutsche Volkspartei	10 (2,5)	11 (2,8)	8 (2,0)	6 (1,5)	7 (1,8)	—
Freisinnige Volkspartei	—	24 (6,0)	29 (7,3)	21 (5,3)	28 (7,0)	—
Freisinnige Vereinigung	—	13 (3,3)	12 (3,0)	9 (2,3)	14 (3,5)	—
Nationalsozialer Verein	—	—	—	1 (0,25)	—	—
Fortschrittliche Volkspartei	—	—	—	—	—	42 (10,5)
Insgesamt	76 (19)	48 (12,1)	49 (12,3)	37 (9,4)	49 (12,3)	42 (10,5)

Nach den Ergebnissen der Reichstagswahl von 1893 stellen sich die wichtigsten Einflußsphären der beiden freisinnigen Parteien folgendermaßen dar. Sie gewannen ihre absolut höchsten Wählerziffern in preußischen Provinzen:

Staat/Provinz	Freisinnige Volkspartei	Freisinnige Vereinigung	Anteil d. Freisinn an gültigen Gesamtstimmen in Prozent
Schlesien	105 696	21 585	20,5
Sachsen	65 902	20 642	19,7
Brandenburg	61 902	18 757	19,1
Stadt Berlin	57 934	—	21,5
Ostpreußen	49 249	2 287	20,9
Pommern	13 716	45 381	27,6
Schleswig-Holstein	7 124	45 671	26,4

Einen relativ hohen Anteil errang der Freisinn in:

Bremen	—	19 030	55,6
Schwarzburg-Rudolstadt	3 171	4 512	54,9
Lübeck	295	7 153	48,7
Sachsen-Meiningen	12 412	—	40,0
Schaumburg-Lippe	—	2 603	36,7
Sachsen-Weimar	10 920	2 883	26,2
Hamburg	28 802	—	24,2
Mecklenburg-Schwerin	13 404	10 067	22,8
Sachsen-Coburg-Gotha	7 353	30	22,5

Damit sind die Schwerpunktbezirke des Freisinns gekennzeichnet, dessen Gesamtanteil bei dieser Wahl an Stimmen = 12,1 % und an Mandaten = 9,3 % betrug. Allerdings verlor er in den beiden folgenden Reichstagswahlen weiterhin an Boden. Auffallend niedrig war der freisinnige Stimmenanteil in:

Staat/Provinz	Freisinnige Volkspartei	Freisinnige Vereinigung	Anteil d. Freisinns an Gesamtstimmen in Prozent
Elsaß-Lothringen	4430	—	1,9
Rheinland	22611	214	3,0
Hannover	12132	2298	3,8
Königreich Bayern	36053	1458	4,8
Königreich Sachsen	30203	—	5,1

In Württemberg stellten die freisinnigen Parteien gegenüber der einflußreichen *Deutschen Volkspartei* keine eigenen Kandidaten auf. Die Wahlkreispositionen des Linksliberalismus waren zum großen Teil instabil und hingen mit dem Abbau seiner Massenbasis immer stärker von dem Stichwahlverhalten der Sozialdemokratie oder der rechtsstehenden Parteien ab. Nur zwei Wahlkreise, Berlin-Mitte und Hagen-Schwelm (Westfalen), waren zwischen 1871 und 1912 ununterbrochen im Besitz der Linksliberalen geblieben.

Die soziale Struktur der freisinnigen Reichstagsvertretung von 1893 bis 1912 nach der Statistik von Willy Kremer¹⁵ (in Klammern der prozentuale Anteil an der jeweiligen Gesamtfraktion):

Soziale Hauptgruppen	1893	1898	1903	1907	1912
I. Fabrikbesitzer, Bankdirektoren, Kaufleute, Direktoren, Guts- besitzer, Landwirte	15 (42,9)	14 (33,3)	8 (26,7)	13 (31,0)	8 (19,5)
II. Professoren, Studienräte, Lehrer, Schriftsteller, Pfarrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure	14 (40,0)	21 (50,0)	15 (50,0)	19 (45,2)	25 (61,0)
III. Beamte, Angestellte, Bürgermeister	6 (17,1)	7 (16,7)	7 (23,3)	10 (23,8)	6 (14,6)
IV. Handwerker	—	—	—	—	1 (2,45)
V. Arbeiter	—	—	—	—	—
VI. Sonstige	—	—	—	—	1 (2,45)
Insgesamt	35	42	30	42	41

¹⁵ Kremer, Willy, Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages von 1871–1918, Emsdetten 1934; Knoll, Joachim H., Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie. Zur politischen Geistesgeschichte der letzten hundert Jahre, Stuttgart o. J. Knolls Zusammenfassung von Nationalliberalen und Freisinn entwertet die Aussage wesentlich.

Bemerkenswert ist die Tendenz des Rückgangs der unmittelbar kapitalistischen Elemente und der Zunahme des Anteils der Intelligenz, die nur 1907 unterbrochen wurde, was mit dem besonderen Charakter und Verlauf dieser Reichstagswahl zusammenhängt. Man muß hierin ein Symptom des gesetzmäßigen Prozesses sehen, durch den der Liberalismus seine ursprüngliche Basis in der Kapitalistenklasse verlor. Er verlagerte sich auf andere bürgerliche Schichten und Gruppen, in denen sich nunmehr die Zwiespältigkeit der Bourgeoisie am stärksten äußert, nachdem die eigentlichen kapitalistischen Kreise ihren Anschluß an die herrschende Reaktion gefunden haben.

Die tiefgehenden Wandlungen der Klassenstruktur, die Veränderung der Struktur der Bourgeoisie selbst, das Verschwinden bestimmter sozialer Gruppen sowie der ökonomischen Bedingungen und Beziehungen des vormonopolistischen Kapitalismus, die Entstehung neuer Schichten der Bourgeoisie und neuer ökonomischer wie politischer Interessen und Verflechtungen, schließlich die Wandlung der Stellung der Bourgeoisie in den Grundfragen der Demokratie, des Fortschritts und der Nation – alle diese Erscheinungen brachten notwendigerweise Veränderungen, Widersprüche und verschiedene Auseinandersetzungen in den Parteien und in der Anhängerschaft des Linkliberalismus mit sich. Nach der Charakteristik einiger allgemeiner Züge der Klassenbasis des Linkliberalismus erscheint eine ergänzende und konkretisierende Kennzeichnung spezifischer Grundlagen der einzelnen linkliberalen Parteien geboten.

Die Führung der *Freisinnigen Volkspartei* war stets bestrebt, den Schein einer „Volkspartei“ zu wahren, um sich ihre Anhänger- und Wählerschaft in Kreisen des Volkes zu erhalten. Auf einer Wählerversammlung sagte Richter 1900: „Wir sind allerdings keine Vertreter eines einzelnen Standes, sondern des gesamten Volkes; zu uns gehören keine protzigen Junker und geldgierigen Kapitalisten, nein, gerade in den mittleren Klassen der Bevölkerung haben wir einen festen Kern...“¹⁶ Die größte linkliberale Partei konnte man jedoch nicht nur wegen der objektiv von ihr verfolgten Politik, sondern bereits von ihrer sozialen Zusammensetzung her keineswegs als Volkspartei im echten Sinne bezeichnen. Tatsächlich besaß die Partei in der Arbeiterklasse überhaupt keine und in der werktätigen Bauernschaft nur geringe Positionen. Aber das waren gerade die Hauptkräfte des Volkes.

Die Analyse der sozialen Zusammensetzung einiger Parteitage bestätigt diese Einschätzung:

Charakteristisch ist die stabile Kapitalistenfraktion in der oberen und mittleren Führungsschicht der Freisinnigen Volkspartei, die in der Regel etwa die Hälfte der Parteitagsteilnehmer stellte. Sie beherrschte die örtlichen und die Landesorganisationen. Die lokalen Unterschiede sind in dieser Hinsicht jedoch bedeutend; sie hingen nicht nur von der jeweiligen sozialökonomischen Struktur und politischen Situation, sondern speziell und wesentlich von den konkreten Parteiverhältnissen ab. Bestimmte soziale Gruppen wurden durchaus nicht in jedem Fall durch die gleiche Partei ver-

¹⁶ Der vierte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Görlitz, 20.–22. Okt. 1900, hg. v. Dr. Müller-Sagan, Berlin 1900, S. 26.

treten. Es sei nur auf die sozialen und politischen Besonderheiten der Ortsgruppen der Freisinnigen Volkspartei in Berlin, in Jena und in einigen süd- und südwestdeutschen Gebieten verwiesen.

Parteitage	Soziale Hauptgruppen:					
in folgenden Städten:	I. Fabrikanten, Kaufleute, Direk- toren, General- sekretäre, Bankiers, Privatiers, Guts- besitzer, Land- wirte, sonstige Unternehmer in Prozent	II. Professoren, Ärzte, Ingenieure, Redakteure, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Lehrer, sonstige Intellektuelle in Prozent	III. Beamte, Angestellte, Bürger- meister in Prozent	IV. Hand- werker in Prozent	V. Ar- beiter in Prozent	VI. Offi- ziere a. D., Pfarrer in Prozent
Berlin 1893	166 = 51,9	111 = 34,7	25 = 7,8	15 = 4,7	2 = 0,6	1 = 0,3
Nürnberg 1897	116 = 50,0	79 = 34,0	31 = 13,4	6 = 2,6	—	—
Görlitz 1900	63 = 45,6	51 = 37,1	15 = 10,8	8 = 5,8	1 = 0,7	—
Hamburg 1902	74 = 50,4	51 = 34,7	14 = 9,5	7 = 4,8	1 = 0,6	—
Wiesbaden 1905	107 = 52,4	53 = 26,0	37 = 18,1	5 = 2,5	1 = 0,5	1 = 0,5

In der Analyse der Fraktionen und Parteitage haben wir zwar ein wesentliches, jedoch noch kein adäquates Bild der gesamten Mitgliedschaft vor uns. Hier verschoben sich die Proportionen zugunsten der zahlenmäßig größeren, jedoch ökonomisch und politisch einflußlosen Gruppen, wie klein- und mittelbäuerlicher Schichten, Angestellter, unterer Beamter und Lehrer. Joseph Kaufhold bezeichnete die Volksschullehrer und einen Teil der Postbeamten als die hauptsächliche „feste zuverlässige Wählermasse“ des Freisinns, der durch seine freihändlerische Haltung unter den Landwirten und Handwerkern ständig an Einfluß verloren habe.¹⁷ Arthur Dix schrieb dazu: „Die Freisinnige Volkspartei oder Fortschrittspartei suchte ihre Wählerkreise vornehmlich in jenem großstädtischen Mittelstand, der im Gegensatz zu den mittelständischen Angehörigen der Rechtsparteien steht, unter Kleinbauern, Landlehrern und mit der konservativen Regierung unzufriedenen Oppositionselementen jeder Art, soweit sie nicht der Sozialdemokratie verfielen.“¹⁸ F. C. Sell vermerkt in diesem Zusammenhang kritisch, daß die Linksliberalen sich ungenügend „um das Vertrauen der kleinen Einzelexistenzen“ durch Wahrnehmung von deren Interessen bemühten. Er bezieht sich dabei besonders auf den Handwerker und Einzelkaufmann gegenüber der Großindustrie und dem Warenhaus sowie auf die Interessen der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe.¹⁹

Das prinzipielle Eintreten der Freisinnigen Volkspartei und insbesondere ihrer Führung für die Interessen auch der großen Industrie und des Kapitals schloß ein-

¹⁷ Dr. Kaufhold, Die Geschichte des deutschen Parteiwesens, Berlin 1921, S. 42.

¹⁸ Dix, Arthur, Die deutschen Reichstagswahlen 1871–1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, Tübingen 1930, S. 16. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften, H. 77.)

¹⁹ Sell, F. C., a. a. O., S. 339.

zelne antimonopolistische und gegen das große Kapital gerichtete Tendenzen nicht aus. So schrieb Dr. W. Böhmer am 4. Mai 1906 an Barth, daß die „Volksparteiler“ in Bremen „eine ziemliche Bedeutung haben, weil es ihnen manchmal gelungen ist, alle latente Gegnerschaft gegen die Börse auf sich zu vereinigen“.²⁰ Jürgen Kuczynski erwähnt Richter als denjenigen, der als Ideologe des Kapitalismus der freien Konkurrenz am 5. Mai 1879 im Reichstag zuerst auf die Monopolorganisationen hingewiesen habe.²¹ Helga Nußbaum hebt die innere Widersprüchlichkeit des bürgerlichen Antimonopolismus seit Ende des vergangenen Jahrhunderts hervor.²²

Charakteristisch war innerhalb des allgemeinen Rückgangs des Masseneinflusses der geringe Einfluß des Freisinns auf die Jugend. Wie Franz Mehring bemerkte, seien frische und entschiedener Kräfte im Freisinn ständig unterdrückt worden. „Die pünktliche Ausführung dieses Programms hat es denn auch fertiggebracht, daß die freisinnige Partei gänzlich von unreifer Jugend gesäubert ist und daß sie als ehrwürdige Greisin den Vorzug genießt, schon bei lebendigem Leibe als Gespenst herumzuwandeln.“²³ Später sagte er, daß mit der Abdankung des deutschen Liberalismus seit 1870 im Freisinn das frische Blut, der Nachwuchs kämpferischer Elemente, völlig ausblieb.²⁴ Im Frühjahr 1902 äußerte sich der freisinnige Prof. Siegmund Günther in einer Nürnberger Parteiversammlung über die ablehnende Haltung der Jugend gegenüber seiner Partei, was die „Kreuzzeitung“ aus dem Mangel an chauvinistischer Gesinnung erklären wollte.²⁵

Die enge Verflechtung der Partei mit Fraktionen und Gruppen der Kapitalisten bestimmte auch weitgehend Umfang sowie Art und Weise der Finanzierung der Partei, wofür das Organisationsstatut keinerlei Bestimmung enthielt. Dagegen empfahl bereits der konstituierende Parteitag 1893 dem Geschäftsführenden Ausschuß, „einen besonderen Finanzausschuß zu bilden, welcher es sich angelegen sein läßt, bemittelte Parteigenossen im Reiche um besondere freiwillige Jahresbeiträge zu zentralen Zwecken der Partei für die Dauer einer Wahlperiode zu ersuchen“²⁶. Der Parteitag in Görlitz 1900 schlug den Parteiorganisationen der Wahlkreise vor, sofort einen besonderen Fonds für die nächste Reichstagswahl anzulegen; er erneuerte einen Be-

²⁰ Deutsches Zentralarchiv (DZA Potsdam), Nachlaß Friedrich Naumann, 90 Na 3 (im folgenden: DZA Potsdam, Nachlaß Naumann), Nr. 143, Bl. 56–59.

²¹ Kuczynski, Jürgen, Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg und andere Studien, Berlin 1961, S. 30. (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 13.)

²² Nußbaum, Helga, Bürgerliche Monopolgegnerschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1962, Teil III, S. 73–128.

²³ Mehring, Franz, Ein interessanter Fall, in: Gesammelte Schriften, hg. v. Thomas Höhle, Hans Koch, Josef Schleifstein, Bd 14, Politische Publizistik 1891 bis 1904, Berlin 1964 (im folgenden: Gesammelte Schriften, Bd 14), S. 394.

²⁴ Derselbe, Von frischem Blute, in: Gesammelte Schriften, Bd 15, Politische Publizistik 1905 bis 1918, Berlin 1966, S. 51 ff.

²⁵ Kreuzzeitung v. 11. 3. 1902.

²⁶ Der erste Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, Berlin 14.–16. Juli 1893, hg. v. Ludolf Parisius, Berlin 1893, S. 52.

schluß von Nürnberg 1897 zur „Vermehrung der Zeichnungen regelmäßiger Jahresbeiträge bemittelter Parteigenossen, namentlich für zentrale Parteizwecke...“²⁷

Verschiedentlich wurde die enge Bindung der Parteiführung an interessierte kapitalistische Kreise bei besonderen Anlässen und Auseinandersetzungen in das Licht der Öffentlichkeit gerückt, so als Ende 1905 Richter sein Mandat für den preußischen Landtag niederlegte und in der Ersatzwahl im 1. Berliner Wahlkreis die Wahlmännerversammlung Dr. Gerschel wählte. Das löste heftige Angriffe liberaler Blätter, darunter der „Barmer Zeitung“, des „Berliner Tageblatts“, der „Berliner Volkszeitung“ und der „BZ am Mittag“, aus. Dr. Gerschel, Bankdirektor, Fabrikant von Luxuspapieren und mehrfaches Aufsichtsratsmitglied, war einer der Geldgeber der „Freisinnigen Zeitung“. Zwei führende Funktionäre der Freisinnigen Volkspartei waren in seinen Unternehmungen angestellt: Dr. Wiemer als Syndikus der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft und Dr. Müller-Sagan als Aufsichtsratsmitglied der AG W. Hagelberg. Müller-Sagan hatte auf jener Wahlmännerversammlung die Kandidatur seines Brotgebers warmherzig befürwortet. Nach der durchsichtigen Falschmeldung der „Freisinnigen Zeitung“ war dieser Vorschlag angeblich spontan aus dieser Versammlung gekommen. Das Blatt empfahl schließlich, im Börsen-Jahrbuch über jene Abgeordneten nachzuschlagen, die der Mosse-Presse nahestanden. Allerdings gehören solche Beziehungen auch heute noch zum politischen Leben der Bourgeoisie.

Im Sommer 1906 wurde Johannes Kaempf, Stadtrat a. D., Stadtältester und einer der führenden Parteifunktionäre in Berlin, der auch den dortigen führenden Bank- und Handelskreisen angehörte, in der Presse betrügerischer Machenschaften bei der Bodenspekulation in Berlin bezichtigt. Zu dieser Zeit hatte er Aufsichtsratsposten in drei großen Berliner Terraingesellschaften inne. Gleiche Vorwürfe richteten sich gegen Dr. Gerschel, der als Direktor der Berliner Filiale der Rheinisch-Westfälischen Hypothekbank bei solchen Geschäften mitwirkte. Kaempf vertrat in der Parteiführung das größere Kapital. Er hatte folgende Funktionen inne: von 1871 bis 1899 Direktor der Berliner Niederlassung der Bank für Handel und Industrie, danach in ihrem Aufsichtsrat verbleibend und ab 1906 dessen Vorsitzender, von 1888 an Vorsitzender der Berliner Fondsbörse, seit 1897 Mitglied des Ausschusses der Berliner Börse und Vorsitzender ihrer Zulassungsstelle, ab 1899 Vertreter der Ältesten der Kaufmannschaft Berlins im Ausschuß des Deutschen Handelstages, wo er 1900 dessen Vorstandsmitglied, 1901 stellvertretender Vorsitzender und 1905 schließlich Präsident wurde. Gleichzeitig gehörte er als Mitglied dem Zentralausschuß der Reichsbank an. Diese Entwicklung wurde neben seinen Parteifunktionen seit 1886 durch die Tätigkeit als Stadtverordneter, Magistratsmitglied und Stadtältester in Berlin und seit 1903 als Mitglied des Reichstags für den 1. Berliner Wahlkreis ergänzt.

Kaempf gehörte neben Gerschel seit 1906 zu den Geldgebern der Parteizeitung; nach Leopold Ullsteins Angaben betrug sein jährlicher Zuschuß etwa 30 000 Mark. Anlässlich des 60. Geburtstages von Eugen Richter 1898 hatten nahestehende kapitalistische Kreise – wie bereits 1888 – eine größere Spende für dessen Zeitung auf-

²⁷ Der vierte Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, a. a. O., S. 75 f.

gebracht. Richter stand den Bankkreisen auch persönlich nahe. Sein Bruder war Kölner Reichsbankdirektor und hinterließ ihm nach seinem Tode im Oktober 1900 eine halbe Million Mark. 1904 bis 1906 war das Unternehmen „Freisinnige Zeitung“ reorganisiert worden. Auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages und unter der Bezeichnung Verlagsanstalt Deutsche Presse G.m.b.H. hatte man im Januar 1904 die neue Gesellschaft gegründet, was im Sommer 1906 zur endgültigen Liquidierung der früheren AG Fortschritt führte.²⁸

Zur Charakteristik der Klassenpolitik und Interessenvertretung seitens der Freisinnigen Volkspartei kann man nicht umhin, auch ihre Rolle auf parlamentarischer Ebene zu beachten. Nicht selten traten die Sprecher der Freisinnigen Volkspartei nachdrücklich für die Belange kapitalistischer Interessengruppen bzw. für die ihrer eigenen Unternehmungen ein. Das bedeutete, daß sie diese Interessen gegen die der Junker, der Militaristen, gegen den polizeilichen und bürokratischen Apparat sowie gegen andere Fraktionen der Bourgeoisie und schließlich vor allem gegen die Arbeiterklasse verteidigten.

Nachdem das Deutsche Reich 1901 der Internationalen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums beigetreten war, sprach am 1. Februar 1902 Müller-Meinungen den Dank der interessierten kapitalistischen Kreise für diesen Schritt aus: „Ich möchte heute Gelegenheit nehmen, die Genugtuung weiter Industrie- und Handelskreise, besonders der Exportindustrie, des Exporthandels hier zum Ausdruck zu bringen, daß es endlich gelungen ist, dieser für den Exporthandel und die Exportindustrie ungemein wichtigen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums beizutreten...“²⁹ Anfang 1904 wandte sich Kaempf wiederholt gegen die den Interessen des Kapitals abträgliche gültige Börsengesetzgebung und forderte deren Revision. So erklärte er am 12. Januar 1904, die Kapitalbildung in Deutschland sei ungenügend und die Gesetzgebung müsse alle Hilfsquellen öffnen. Die deutschen Börsen seien durch fehlerhafte Gesetze zu Lokalmärkten herabgesunken und könnten ihre Aufgaben nicht erfüllen. Weiter äußerte Kaempf am 26. April 1904: „Ich kann auch keine besseren Worte finden, als der preußische Herr Handelsminister vorgestern gebraucht hat, indem er die Börse als einen politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor hingestellt und eine starke Börse für notwendig erklärt hat.“³⁰

Verschiedentlich traten die Sprecher der Partei auch gegen die Bildung von Monopolen auf, jedoch stets mit grundsätzlichen Zugeständnissen und durchaus inkonsequent. So wandte sich Richter im März 1901 gegen das 1900 gegründete Syndikat von Papierfabrikanten und die von dem Monopol ausgehenden Preissteigerungen. Im April 1904 forderte Wiemer staatliche Schritte gegen das Kohlsyndikat. Auch der Zentralverband deutscher Industrieller und die von diesem verfolgte Politik waren wiederholt Gegenstand freisinniger Angriffe. Andererseits trat die Fraktion

²⁸ S. auch *Ullstein, Leopold*, Eugen Richter als Publizist und Herausgeber. Ein Beitrag zum Thema ‚Parteipresse‘, Leipzig 1933; bes. 3. Abschnitt: Gründung, Verlag und Vertrieb der Freisinnigen Zeitung. (Das Wesen der Zeitung, hg. v. Erich Everth, Bd 2.)

²⁹ Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages (im folgenden: *Reichstag*), 10. Leg.per., 2. Sess., Bd 5, S. 3818.

³⁰ *Reichstag*, 11. Leg.per., 1. Sess., Bd 3, S. 2501.

auf dem Boden der kapitalistischen Interessen auch immer wieder sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei entgegen. Zur Forderung nach dem 10stündigen Maximalarbeitstag erklärte Müller-Meinigen am 11. Februar 1903, daß der Standpunkt seiner Partei bekannt sei. „Wir können einer derartige schablonenhafte Maximalarbeitszeit nicht annehmen...“³¹ Er verlangte sogar, die Lohnzahlungsbücher der Minderjährigen als eine „unnötige und schikanöse“ Maßnahme zurückzuziehen, und berief sich dabei auf die Handelskammern von Dortmund, Sonneberg, Hamburg und Berlin. Der ostpreußische Gutsbesitzer Rudolf Bräsicke, ebenfalls freisinniger Abgeordneter, vertrat als Sprecher der antijunkerlichen, nach kapitalistischen Rentabilitätsprinzipien wirtschaftenden Landwirte wiederholt deren zollfeindliche Tendenzen, sozialpolitisch fortgeschrittene Gesichtspunkte und ihre Gegnerschaft zur halbfeudalen Junkerwirtschaft.

Ähnlich ließe sich diese direkte und indirekte Vertretung auch unmittelbarer ökonomischer Interessen bei der alljährlichen Etatsdebatte, den Verhandlungen über Probleme der Handels-, Verkehrs-, Agrar-, Gewerbe-, Steuer- und Sozialpolitik nachweisen. In welchem Maße das auch die Stellungnahme zu den grundsätzlichen nationalen Fragen mit beeinflusste, sei weiteren Ausführungen vorbehalten.

Nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen nahm die Partei in der gesamten Periode ihres Bestehens den fünften Platz unter den Parteien des Reiches ein. Ihre größten Wähleranteile verzeichnete sie als stärkste Partei in Sachsen-Meinigen, als zweitstärkste in Ostpreußen, Berlin, Schlesien, Lippe, Hamburg; als drittstärkste in Brandenburg, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuss j. L.

Die *Freisinnige Vereinigung* verfolgte eine eindeutig kapitalistische Interessenpolitik. In ihrer Entstehung, Stellung, Struktur und Tätigkeit läßt sich die unmittelbare Verflechtung mit Fraktionen der Bank- und Handelsbourgeoisie noch deutlicher erkennen und nachweisen als bei der Freisinnigen Volkspartei. Trotzdem wird in bürgerlichen Darstellungen wiederholt versucht, unter Hinweis auf den hohen Anteil an Intellektuellen in dieser kleinen Parteigruppe den kapitalistischen Grundcharakter der Vereinigung zu leugnen. Mit solchen Merkmalen werden soziale Grundlage und Struktur der Freisinnigen Vereinigung falsch bewertet. Ein solches Urteil ist auch im Hinblick auf die Politik der Vereinigung unhaltbar.³²

Tatsächlich haben auch eine Reihe bürgerlicher Historiker die engen klassenmäßigen Bindungen der Partei bestätigt. Seit der Herausbildung des Linksliberalismus fand dieser nach der Ansicht von George W. F. Hallgarten im Großhandel, besonders in den Ostsee- und den Hansestädten und in den Angehörigen der freien Berufe eine soziologische Grundlage. Zu den alten Vertretern der Handels- und Hanse-Interessen, wie Max v. Forckenbeck und Heinrich Rickert, seien später die der Deutschen Bank,

³¹ Ebenda, 10. Leg.per., 2. Sess., Bd 9, S. 7855.

³² S. auch die, besonders das Verhältnis zur Deutschen Bank betreffenden, Ausführungen bei *Theodor, Gertrud*, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits, Berlin 1957; *Jerussalimski, A. S.*, Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954.

Georg v. Siemens und Karl Schrader, gekommen.³³ Wilhelm Massow charakterisierte die Freisinnige Vereinigung faktisch als eine klassenmäßig klar profilierte Partei: „Mehr und mehr wurde jedoch die Freisinnige Vereinigung gleichbedeutend mit den in den Großstädten, in Hochfinanz und Handel interessierten Erwerbsgruppen sowie den industriellen Kreisen, die über die früher meist nationalliberale Gesinnung des wohlhabenden Bürgertums nach links hinausgewachsen waren.“³⁴ In Übereinstimmung damit sah Dix in der Vereinigung vor allem eine Vertretung der Interessen des Handels, der Schifffahrt und der Börse.³⁵

Die Einflußsphäre an den Handels- und Schifffahrtsplätzen der Küste gehörte für die Freisinnige Vereinigung während der gesamten Zeit ihres Bestehens zu den hauptsächlichen Positionen und übte ihrerseits einen bedeutenden Einfluß auf die innere Entwicklung und die Politik der Partei aus. Bei der Reichstagswahl 1893, unmittelbar nach ihrer Entstehung, belegte die Partei nach der Anzahl der Wählerstimmen den 8. Platz unter den Parteien des Reichstages. Sie war jedoch die stärkste Partei in Bremen und die zweitstärkste in Pommern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck, in Schwarzburg-Rudolstadt und Schaumburg-Lippe. Nach der Reichstagswahl 1898 berichtete die „Berliner Zeitung“, daß die Vereinigung insgesamt 45 Kandidaturen aufgestellt habe. Davon entfielen 33 auf Ostelbien und Schleswig-Holstein, vor allem auf die größeren Seeplätze, wie Königsberg, Danzig, Stettin, Rostock, Kiel, Hamburg und Bremen. „Ihre Erfolge lagen in Hafenstädten, wo ihr ihre marinefreundliche Haltung zustatten kam, und auf den ländlichen Fluren des Ostens, wo sich die Bauern, wenn ihnen der Blick nur ein wenig geschärft wird, gegen das Junkertum auflehnen.“³⁶ Dieses Urteil bestätigte in einer Betrachtung zum Wahlergebnis auch der „Berliner Börsen-Courier“, der das Bürgertum in den Handelsplätzen, den städtischen Mittelstand, die Bauernschaft und die ländlichen Arbeiter als „die Kerntruppen des Liberalismus“ bezeichnete.³⁷ Die kapitalistischen Kreise der Küste waren im Parteivorstand und in der Reichstagsfraktion ständig direkt vertreten. Dazu gehörten um 1900 Heinrich Rickert (Danzig), Max Broemel (Stettin), Hermann Frese (Bremen), Prof. Albert Hänel (Kiel) und Siegfried Heckscher (Hamburg).

Als führende Sprecher der Handels- und Schifffahrtsinteressen der Küstenstädte fungierten Frese und Broemel. Hermann Frese, Kaufmann, Mitglied des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd, trat im Reichstag wiederholt unmittelbar als Vertreter der Werften und Reedereien Bremens auf. Im März 1902 wandte er sich sogar gegen die Rückkehr von 720 deutschen Soldaten aus Schanghai. Dort mußten vielmehr die verschiedenen Interessen deutscher Unternehmen, darunter der Reedereien

³³ *Hallgarten, George W. F.*, Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg. Erster und Zweiter Band. Zweite, durchgearbeitete und stark erweiterte Auflage, München 1963, Bd 1, S. 195 ff.

³⁴ *Massow, Wilhelm v.*, Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm II., Stuttgart-Berlin 1913, S. 155.

³⁵ *Dix, Arthur*, a. a. O., S. 16.

³⁶ *Berliner Zeitung* v. 18. 7. 1898.

³⁷ *Berliner Börsen-Courier* v. 18. 8. 1898.

Ricknerslinie, C. Melders & Co., Norddeutscher Lloyd, geschützt werden. Ein Jahr später brachte er zum Etatstitel Kaiserliche Marine, Grundreparaturen, neben dem Kommissionsantrag auf 1,5 Mill. einen eigenen Antrag auf 2,0 Mill. ein, den er im Interesse der beteiligten Werften begründete. 1897 entlarvte eine in Bremen erschienene sozialdemokratische Broschüre die reaktionäre Politik der freisinnigen Mehrheit der Bürgerschaft der Stadt. Dabei wurde auch die Rolle Freses enthüllt, dem daran lag, im Interesse der vom Norddeutschen Lloyd bezogenen staatlichen Subventionen jeden Konflikt mit der reaktionären preußischen Innenpolitik im Bundesrat zu vermeiden. „In der Freisinnigen Vereinigung sammeln sich die großhandelskapitalistischen Elemente, die das bismärckische Schutzzollsystem hindert, mit den schutzzöllnerischen Nationalliberalen zu gehen, weil ihr Interesse den Freihandel verlangt.“³⁸ 1902 erschien eine gegen Frese gerichtete sozialdemokratische Flugschrift, in der es hieß, Frese vertrete nicht die Gesamtinteressen der Stadt, „sondern einzig die Interessen einer Klasse, der Klasse des Großhandels- und Börsenkapitals...“³⁹ Zugunsten der kapitalistischen Kreise unterstütze er die Flottenrüstung. Bei den Verhandlungen über die Seemannsordnung sei der „liberale“ Abgeordnete Frese entschieden gegen das Koalitionsrecht der Seeleute aufgetreten. „Und je besser die Lloydreingewinne sind, um so besser fließen schließlich die belohnenden Tantiemen für die Taktiker des Lloyd.“⁴⁰

Als weitere Schlüsselfigur der handelspolitisch führenden Kreise der Küste sei Max Broemel genannt.⁴¹ Neben seiner parlamentarischen Tätigkeit – im Preußischen Abgeordnetenhaus noch bedeutender als im Reichstag – und seiner führenden Stellung in der Partei hatte er vielfältige Beziehungen und Bindungen zu den Kaufmannschaften und Handelskammern in Stettin und in anderen Seestädten, aber auch in Berlin, ferner zu staatlichen Institutionen und Zeitungen und nahm in verschiedenen speziellen Interessenverbänden eine maßgebliche Stellung ein, wie im Verein zur Förderung der Handelsfreiheit, im Deutschen Handelstag, im Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung, in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft. Im Reichstag trat er im allgemeinen nur zu den seine Interessengruppen direkt berührenden handels- und wirtschaftspolitischen Fragen auf. Dies geschah häufig entsprechend den Aufträgen und Forderungen interessierter kapitalistischer Gruppen.

Mit dem Großhandel durch gemeinsame wirtschaftspolitische Interessen eng verflochten war das Bankkapital, das sich zur politischen Wahrnehmung seiner Profitinteressen ebenfalls in hohem Maße der Freisinnigen Vereinigung bediente. Das zeigt sich besonders in der engen materiellen, personellen und politischen Verflechtung mit der Deutschen Bank. Diese Kreise waren in der Parteiführung und in der Fraktion direkt vertreten durch G. v. Siemens, Bankdirektor Karl Mommsen und durch Funktionäre von Bank- und Handelsinstitutionen, wie Georg Gothein und Heinrich W. Dove.

³⁸ *Bremische Wadenstrümpflei*. Die bremische Bürgerschaft und die preußische Knebelbill. Die Vereitelung der Revision sämtlicher bremischer Beamtgehälter, Bremen 1897, S. 20.

³⁹ *Herrn Hermann Frese's Selbstbeleuchtung*, Bremen 1902, S. 3 f.

⁴⁰ Ebenda, S. 8.

⁴¹ S. auch DZA Potsdam, Nachlaß Max Broemel 90 Br 3.

Auch Schraders und Barths frühere Tätigkeit und ihr politisches und publizistisches Wirken verbanden sie eng mit den Belangen des Bankkapitals. Die 1899 von Schrader „sehr geschickt und diskret“ veranlaßte Aufstellung einer Marmorbüste des freisinnigen Parteiführers Ludwig Bamberger in der Reichsbank bedeutete somit eine für den Charakter und die Ziele der Partei symbolische Geste.⁴² Selbstverständlich nahm die Vertretung der Interessen der Börse und der Banken im parlamentarischen und publizistischen Wirken der Partei und ihrer führenden Köpfe einen hervorragenden Platz ein. Am 14. Februar 1900 erhob G. v. Siemens im Reichstag den Anspruch des Bankkapitals auf eine führende Rolle in der Nation: „Was sind denn die sogenannten Banken? Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, den die konservative Partei uns zuweist, daß wir kleine Effekthändler oder Börsenjobber wären; wir haben den Standpunkt immer für uns in Anspruch genommen, daß wir eine Art Führer des Unternehmungsgeistes der Nation sein wollen.“⁴³ Entsprechend diesen Verbindungen und Funktionen spielten die Belange der Börse und Banken in den der Partei unterstehenden oder nahestehenden Zeitungen eine bedeutende Rolle. Das gilt in vollem Umfang für Barths „Nation“, in der auch Hjalmar Schacht publizistisch hervortrat.⁴⁴

Wiederholt nutzten führende kapitalistische Gruppen innerhalb der Vereinigung ihre politischen Positionen und Beziehungen, um die Interessen der ihnen am nächsten stehenden Kreise und Unternehmen zu wahren. So leistete Frese 1901 den Bestrebungen zur staatlichen Einrichtung von Handelskammern im Ausland heftigen Widerstand. Am 5. März 1901 erklärte er im Reichstag, dies sei eine unbillige Forderung an die Kaufleute, die sich in Jahrzehnten im Ausland Positionen erobert hätten. Dazu käme eine staatliche Kontrolle, und er fürchte, „daß damit eine gewisse Ellenbogenfreiheit des Kaufmanns gehindert werden kann“⁴⁵. In Berlin arbeiteten führende kapitalistische Gruppen mit G. v. Siemens an der Spitze in dieser Zeit gegen die Einrichtung einer Handelskammer. Sie traten für die Erhaltung der korporativen, privilegierten Institutionen der Ältesten der Kaufmannschaft ein. In einem an Bülow gerichteten Gutachten vom 14. Februar 1901 wurden Kaiser und Regierung davor gewarnt, sich durch die Unterstützung des Handelskammerprojektes weitere Gegner in führenden Kreisen der Börse, des Handels und der Industrie zu schaffen. Außerdem wäre eine solche Unterstützung unverständlich, da sie eine Demokratisierung der handelspolitischen Vertretungen bedeute.⁴⁶ Bülow wandte sich mit diesen Einwänden in einem Schreiben vom 17. Februar 1901, in dem er G. v. Siemens und Walther Rathenau als entschiedene Gegner einer Handelskammer erwähnte, an den Kaiser. „Auch spräche gegen das Objekt, daß die Aufnahme von Krämern und Handwerkern (sogenannter Mittelstand) in die Handelskammer praktisch nur Herrn

⁴² Ebenda, Nr. 6, Bl. 22, 23.

⁴³ *Reichstag*, 10. Leg.per., 1. Sess., Bd 5, S. 4128. S. auch G. v. Siemens, Die nationale Bedeutung der Börse, in: *Die Nation*, Jg. 18, Nr. 1 v. 6. 10. 1900.

⁴⁴ *Schacht, Hjalmar*, Das liberale Bauernprogramm der Sozialdemokratie, in: *Die Nation*, Jg. 20, Nr. 22 v. 28. 2. 1903.

⁴⁵ *Reichstag*, 10. Leg.per., 2. Sess., Bd 2, S. 1724.

⁴⁶ Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Rep. 89 H I Deutsches Reich 14, Bl. 11, 12, 13.

Singer und seinen Freunden zugute kommen werde.“⁴⁷ Einen ähnlichen, politisch reaktionären Charakter trug die kapitalistische Interessenpolitik freisinniger Fraktionen und Mehrheiten in zahlreichen städtischen Parlamenten.

Infolge dieser gegenseitigen Durchdringung von Bank- und Handelskapital und Partei besaß die Freisinnige Vereinigung auch vielfältige Verbindungen zu Verbänden, Organisationen und Institutionen. Dazu gehörten die Handelskammern, Kaufmannschaften, Stadtvertretungen, der Deutsche Handelstag sowie der Zentralverband der deutschen Bankiers, der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit, der Handelsvertragsverein, der Verein zum Schutze der Deutschen Goldwährung, die Volkswirtschaftliche Gesellschaft, der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, Unternehmerverbände von Industriezweigen sowie der Bauernverein Nordost. Mehring sprach deshalb davon, daß die Freisinnige Vereinigung „das eigentlich große Kapital“ vertrete, jedoch wisse, daß sie keine Massen mehr auf die Beine bringen könne.⁴⁸

Die soziale Basis der Freisinnigen Vereinigung wäre jedoch vereinfacht und einseitig dargestellt, wollte man nicht den relativ hohen Einfluß auf die Intelligenz und deren Anteil an der Parteimitgliedschaft selbst berücksichtigen. Dann würden auch verschiedene Momente der späteren inneren politisch-ideologischen Entwicklung der Partei unverstänlich bleiben. Als Mehring im Herbst 1897 Stellung und Rolle der liberalen Parteien analysierte, schrieb er über die Freisinnige Vereinigung: „Hinter dieser Fraktion stehen die gebildeteren, aber eben deshalb weniger zahlreichen Elemente der Bourgeoisie, ein Unterschied, den man sozusagen mit Händen greift, wenn man die ‚Nation‘ neben die ‚Freisinnige Zeitung‘ legt.“⁴⁹ Später bemerkte er anläßlich der Mommsen-Erklärung zum Fall Spahn, daß der Liberalismus an den deutschen und besonders den preußischen Universitäten noch relativ starke Positionen besäße. Joachim H. Knolls Analyse der akademischen Bildung der Reichstagsabgeordneten von vier Parteien im Jahre 1907 bestätigt den hohen Anteil von Intellektuellen.⁵⁰

Parteien	Mandate	Universitätsbildung in Prozent	Dr.-Titel in Prozent
Freisinnige Vereinigung	14	13 = 92,9	8 = 57,1
Freisinnige Volkspartei	27	16 = 59,3	10 = 37,0
Deutsche Volkspartei	7	4 = 57,1	— —
Nationalliberale Partei	55	34 = 61,8	14 = 25,5

Die bürgerlich-aristokratische Gesamtstruktur der Partei war bereits aus dem von 46 Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf zum Beitritt in die Freisinnige Vereinigung vom Juni 1893 ersichtlich. Es handelte sich fast ausschließlich um führende Vertreter der Banken und des Handels, leitende akademisch gebildete Beamte, Angestellte, Journalisten und Intellektuelle aus dem wissenschaftlichen Bereich. Der

⁴⁷ Ebenda, Bl. 8.

⁴⁸ Mehring, Franz, Mit einem blauen Auge, in: Die Neue Zeit, Jg. 19, Nr. 35 v. 29. 5. 1901, S. 259.

⁴⁹ Derselbe, Die Unverbesserlichen, in: Die Neue Zeit, Jg. 16, Nr. 6 v. 27. 10. 1897, S. 163.

⁵⁰ Knoll, Joachim H., a. a. O., S. 174.

konstituierende Parteitag im Dezember 1893 setzte sich, soweit Angaben vorliegen, wie folgt zusammen:

Soziale Hauptgruppen in der Freisinnigen Vereinigung	Teilnehmer	in Prozent
I. Bankiers, Privatiers, Rentiers, Fabrikanten, Grubenbesitzer, Direktoren, Kaufleute, verschiedene Unternehmer	79	= 37,4
II. Professoren, Doktoren, Ärzte, Ingenieure, Redakteure, Lehrer, Schriftsteller, Studenten, Rechtsanwälte, sonstige Intellektuelle	89	= 42,2
III. Angestellte, Beamte, Bürgermeister	37	= 17,5
IV. Handwerker	5	= 2,4
V. Arbeiter	—	= —
VI. Geistliche	1	= 0,5

Auch hier fällt der hohe Anteil an Intellektuellen auf. Die eigentliche Kapitalistenfraktion ist wohl zahlenmäßig kleiner als auf den Parteitagen der Freisinnigen Volkspartei. Das wird aber durch die stärkere Vertretung des großen Kapitals kompensiert.

Die Finanzierung der Partei basierte hauptsächlich auf der unregelmäßigen Zeichnung größerer Beträge seitens der Mitglieder, Firmen oder Verbände. Diese Mittel wurden vor allem für die Wahlkämpfe gebraucht, teilweise auch direkt für die Fonds der Wahlkreise gespendet. Daneben dienten sie zur Deckung der Kosten für den Parteiapparat sowie für Zuschüsse an einzelne Zeitungen, darunter die „Nation“. Die leitenden Funktionäre der Partei waren vermögend und leisteten teilweise selbst Zuschüsse.

Die *Deutsche Volkspartei*, klassenmäßig nicht sehr profiliert, vertrat hauptsächlich die kleinen und mittleren Schichten der Bourgeoisie, der Bauernschaft, von Handwerk und Gewerbe, aber auch die Arbeiterklasse in bestimmten sozialpolitischen Fragen, schließlich auch größere Teile der Intelligenz. Nach Hallgarten war sie besonders unter den Händlern, der Intelligenz und in jüdischen Kreisen Württembergs zu Hause. Ihre Führer Conrad Haußmann und Friedrich Payer traten im Reichstag wiederholt als Sprecher für die besonderen Belange der kleinen und mittleren Bourgeoisie in den süddeutschen Einzelstaaten auf. In Parteiführung und Reichstagsfraktion dominierten Rechtsanwälte, Kaufleute, Fabrikanten und Intellektuelle. Die der Parteiführung politisch und personell nahestehende „Frankfurter Zeitung“ hatte sich um 1900 zu einem führenden, im In- und Ausland stark beachteten Blatt der liberalen Fraktionen der deutschen Bourgeoisie, vor allem auch des Bank- und Handelskapitals, entwickelt.

Der *Nationalsoziale Verein*⁵¹ entbehrte zwar in seiner Zusammensetzung weitgehend der Kapitalisten; gleichwohl vertrat er deren Interessen vor allem in seiner wider-

⁵¹ S. auch *Theodor, Gertrud*, a. a. O.

sprüchlichen Politik. Die Analyse der ersten fünf Vertretertage des Vereins von 1896 bis 1900 ergibt folgendes Bild:

Parteitage in folgenden Städten	Soziale Hauptgruppen in Prozent					
	I. Fabrikanten, Kaufleute, Direktoren, Bankiers, Guts- besitzer, Land- wirte, sonstige Unternehmer	II. Professoren, Ärzte, Inge- nieure, Redak- teure, Schrift- steller, Lehrer, Studenten, sonstige Intellektuelle	III. Geist- liche	IV. Beamte, Angestellte	V. Hand- werker	VI. Ar- beiter, einschl. Meister
Erfurt 1896	15 = 13,4	34 = 30,4	43 = 38,4	2 = 1,8	6 = 5,3	12 = 10,7
Erfurt 1897	16 = 15,5	49 = 47,6	17 = 16,5	4 = 3,9	11 = 10,7	6 = 5,8
Darmstadt 1898	18 = 17,3	42 = 40,4	24 = 23,1	9 = 8,6	8 = 7,7	3 = 2,9
Göttingen 1899	12 = 10,4	59 = 51,3	21 = 18,3	6 = 5,2	10 = 8,7	7 = 6,1
Leipzig 1900	12 = 12,1	46 = 46,4	11 = 11,1	15 = 15,2	5 = 5,1	10 = 10,1

Die Partei verfügte damit auch über einen ungewöhnlich hohen Anteil an Intellektuellen, der noch über dem der Freisinnigen Vereinigung lag. Er betrug auf diesen Tagungen, die Geistlichen den übrigen Gruppen der Intelligenz zugeordnet, in Prozent:

1896	1897	1898	1899	1900
68,8	64,1	63,5	69,6	57,5

Jedoch fehlten hier die für den Freisinn charakteristischen Gruppen der Rechtsanwälte, Stadt-, Justiz- und Kommerzienräte. Dagegen umfaßten die Lehrer seit 1897 durchschnittlich ein Viertel der Teilnehmer der Vertretertage. Hieraus folgt, daß dem Nationalsozialen Verein eine tragfähige klassenmäßige Basis fehlte und der Versuch eines Einbruchs in die Arbeiterklasse völlig mißlang. Die relative Konzentration von Intellektuellen zeigt auch, daß sich in dieser Schicht die objektive Widersprüchlichkeit der liberalen Bourgeoisie ideologisch am intensivsten auswirkte. Die in ihren Augen von Naumann anscheinend entworfene Lösung der Widersprüche und Probleme des Kapitalismus zog Intellektuelle an, denen, obwohl mit den herrschenden sozial- und innenpolitischen Verhältnissen unzufrieden, Herkunft, Stellung und Denkweise den Weg zum Marxismus und zur Sozialdemokratie verwehrt.

Die Darlegungen zur ökonomischen und sozialen Grundlage des Linkliberalismus bilden ein wesentliches Moment, Charakter und Rolle der liberalen Parteien um 1900 zu bestimmen. Sie genügen jedoch nicht zu einer ausreichenden Kennzeichnung des Klassencharakters und des tatsächlichen geschichtlichen Inhalts ihrer Tätigkeit. Das volle Verständnis für die Rolle dieser Parteien in den Klassenkämpfen zur Zeit des Übergangs zum Imperialismus, für ihre Stellung zu den Grundfragen der Nation setzt die Analyse der von ihnen verfolgten Politik, ihrer Motive und Ergebnisse voraus.

Die Haltung zur Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung (1893–1899)

Der Übergang zu einer neuen weltgeschichtlichen Epoche fand in der Entwicklung des Proletariats, im raschen Wachstum seiner Zahl, Konzentration, Organisation und Bewußtheit seinen markantesten Ausdruck.¹

Der Schwerpunkt der internationalen Arbeiterbewegung hatte sich nach Deutschland verlagert. Die deutsche Sozialdemokratie war die stärkste und führende Abteilung der internationalen sozialistischen Bewegung geworden. Die grundlegende Bedeutung dieser Entwicklung für die Stellung und Rolle des Liberalismus soll an drei zusammenhängenden Aspekten angedeutet werden:

- a) Die Wandlung der Klassenstruktur als Grundlage aller Veränderungen im Kräfteverhältnis und in der Wechselbeziehung aller Klassen, Schichten und Parteien.
- b) Die Veränderung der qualitativen historisch-politischen Stellung, Interessen und Möglichkeiten der Klassen und Parteien. Die Bourgeoisie verliert endgültig und insgesamt die Voraussetzungen zur Führung der Nation im Interesse der Demokratie und des Fortschritts. In ihr überwuchern Konservatismus und Parasitismus, während die sozialistische Partei immer stärker zum Repräsentanten und Führer aller demokratischen und progressiven liberalen Bestrebungen wird und ihren Einfluß in allen Schichten des arbeitenden Volkes festigt und ausbaut.
- c) Die gesetzmäßigen sozialökonomischen Prozesse lösten in den herrschenden Klassen Auseinandersetzungen über die geschichtliche Bewertung der Arbeiterbewegung, ihres Charakters und ihrer Perspektive aus. Daraus erwachsen fortgesetzt Differenzen über die taktische Konzeption gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer sozialistischen Bewegung. Die Unterschiede in den Stellungnahmen und Lösungsversuchen zu diesen Konflikten werden die bestimmenden Faktoren für die Gruppierungen im liberalen Lager.

Die weitgehende Übereinstimmung und auch Kooperation bestimmter Entwicklungslinien in den linksliberalen Parteien mit gleichgelagerten Bestrebungen bürgerlicher Kräfte auf anderen Ebenen muß beachtet werden, wenn auch eine Einbeziehung in die vorliegende Darstellung unmöglich ist. Das gilt besonders für den Kathedersozialismus, den Verein für Sozialpolitik und für die liberale Hirsch-Dunckersche

¹ S. auch: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd 1, S. 415 ff., 433 ff.; Bd 2, S. 19, 50 ff.